

## Antrag A12

**Antragssteller\*in:** Die Linke Bezirksverband Mitte (9. Hauptversammlung)

Der Landesparteitag möge beschließen:

### 1 **Sofortiger Waffenstillstand und Stopp der deutschen Unterstützung für den** 2 **Krieg in Gaza**

3 Wir erleben derzeit eine neue Eskalationsstufe in einem Konflikt, der bereits seit über 76 Jahren eine  
4 Spur der Gewalt durch Palästina und Israel zieht. Die Massaker der Hamas und anderer Organisationen  
5 in Israel vom 7. Oktober 2023 und der rücksichtslose Krieg des israelischen Staates in Gaza nicht nur  
6 gegen die Hamas, sondern auch gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, erschüttern uns zutiefst.  
7 Wir sprechen allen Opfern und ihren Angehörigen unser tiefstes Mitgefühl aus. Das Töten muss sofort  
8 gestoppt werden. Es muss endlich ein Frieden gefunden werden, der auch die Rechte der  
9 Palästinenser\*innen berücksichtigt. Anstatt den dafür notwendigen Druck auf die israelische  
10 Regierung auszuüben, macht sich die deutsche Bundesregierung durch ihre diplomatische und  
11 militärische Unterstützung an den von israelischer Seite begangenen Verbrechen mitschuldig.

12  
13 Die Linke Berlin fordert

- 14 1. einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand als Vorbedingung für alle weiteren  
15 Verhandlungen,
- 16 2. die Bundesregierung auf, Rüstungsexporte nach Israel sofort einzustellen,
- 17 3. die Bundesregierung auf, die juristische Unterstützung der Kriegspartei Israel vor dem IGH  
18 einzustellen,
- 19 4. die Bundesregierung auf, die diplomatische Rückendeckung Israels für diesen Krieg vor der UN  
20 und anderswo einzustellen,
- 21 5. die Bundesregierung auf, den Zahlungsstopp an die UNRWA sofort aufzuheben und die  
22 Wiederaufnahme humanitärer Hilfeleistung in Gaza einzuleiten,
- 23 6. die unbedingt erfolgreiche Weiterführung der Verhandlungen in Katar über den Austausch von  
24 israelischen Geiseln und palästinensischen Gefangenen.
- 25 7. alle Genossinnen und Genossen auf, sich aktiv gegen die Kriminalisierung der Palästina-  
26 Solidaritätsbewegung in Berlin einzusetzen und fordert die Berliner Linksfraktion im  
27 Abgeordnetenhaus auf, sich für die demokratischen und verfassungsmäßig garantierten  
28 Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit stark zu machen,
- 29 8. alle Gliederungen, Mandats- und Amtsträger\*innen unserer Partei auf, sich diese Forderungen  
30 zu eigen zu machen und sie öffentlich aktiv im Parlament, gegenüber Medien und  
31 Bürger\*innen und in ihrer politischen Arbeit zu vertreten.

32 Wir bekennen uns zum Recht des palästinensischen Volkes, Widerstand zu leisten, gegen die  
33 Unterdrückung, Entrechtung, Vertreibung, Besatzung und den Siedlungsbau und auf eine Zwei-  
34 Staatenlösung, die die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens eröffnet und dem Existenzrecht  
35 Israels und dem Existenzrecht eines souveränen palästinensischen Staates gleichermaßen Rechnung  
36 trägt.

37 Auch in Deutschland stehen wir solidarisch für das Recht der Palästinenser ein, für ihre Rechte und  
38 gegen den Krieg in Gaza zu protestieren. Wir verurteilen die massive staatliche Repression gegen  
39 Palästina-Solidarität und die zunehmende mediale Hetze gegen Künstler und Intellektuelle, die sich  
40 gegen den Gaza Krieg aussprechen. Unsere Solidarität gilt der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden  
41 in Nahost.

#### 42 *Begründung*

43 Die israelische Armee hat seit Kriegsbeginn zweifellos schwere Kriegsverbrechen begangen. Das  
44 Begehen oder der Verdacht auf die Begehung von Kriegsverbrechen wurde mittlerweile von UN,<sup>1</sup>  
45 Amnesty International,<sup>2</sup> Human Rights Watch<sup>3</sup> und diversen unterschiedlichen  
46 Presseberichterstattungen aus aller Welt dokumentiert. Unter Kriegsverbrechen fallen zum Beispiel  
47 nach §§ 8 bis 11 des Völkerstrafgesetzbuches der BRD die gezielte Tötung von Zivilisten, die Zerstörung  
48 von Wasser- und Elektrizitätswerken, das Aushungern der Zivilbevölkerung, die Behinderung  
49 humanitärer Hilfe, Flächenbombardements, Angriff und Bombardierung unverteidigter Städte. In den  
50 Sozialen Medien legen israelische Soldaten ständig Selbstzeugnis über die gezielte Tötung von  
51 Zivilist\*innen ab.<sup>4</sup> Bereits im Dezember sind über 1% der Bevölkerung in Gaza, die zu 70% aus Frauen  
52 und Kindern besteht, getötet worden, eine Rate an zivilen Opfern, die die vergleichbarer Konflikte bei  
53 weitem übertrifft und unter anderem durch den exzessiven Einsatz von (ungesteuerten) Bomben in  
54 einem der am dichtesten besiedelten Gebiet der Welt zustande kommt. Begleitet wird dies von einer  
55 Kampagne, die die palästinensische Bevölkerung in den Augen der Israelis und der Welt  
56 dehumanisieren und als das pure Böse darstellen soll.<sup>5</sup>  
57 85% der Bevölkerung von Gaza mussten im Zuge des Krieges innerhalb von Gaza fliehen. Die israelische  
58 Armee hat in Gaza seit Oktober 2023 mehr als 60% aller Wohngebäude im Krieg beschädigt und 45%  
59 völlig zerstört (Stand: Januar 2024).<sup>6</sup> Nach einem Bericht der Weltbank hat sie jeweils 84% der  
60 medizinischen Infrastruktur, Straßen und Bildungseinrichtungen, 82% der Produktionskapazitäten,  
61 62% der elektrischen Infrastruktur und 57% aller sanitärer Einrichtungen, sowie 70% der Gebäude  
62 insgesamt zerstört.<sup>7</sup> Mit dem Einleiten von Salzwasser aus dem Meer in die Tunnel der Hamas durch  
63 die israelische Armee besteht die Gefahr, dass darüber hinaus die grundwasserleitende  
64 Gesteinsschicht unter Gaza verseucht wird. Aus dieser Gesteinsschicht kam vor Beginn des Krieges 80%  
65 des Trinkwassers für Gaza.<sup>8</sup> Mit der planvollen Zerstörung der Infrastruktur, dem gezielten Ausschalten  
66 von Energie-Infrastruktur, der flächendeckenden Einebnung von Wohngebäuden und der Zerstörung  
67 der Wirtschaft wird das Leben der palästinensischen Bevölkerung in Gaza auf absehbare Zeit  
68 verunmöglicht.

---

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/gaza-kriegsverbrechen-un-100.html> (Zugriff: 01.03.2024)

<sup>2</sup> <https://www.amnesty.de/israel-gaza-luftangriffe-kirche-fluechtlingslager-kriegsverbrechen-israelische-armee> (Zugriff: 01.03.2024)

<sup>3</sup> <https://www.hrw.org/de/news/2023/12/18/israel-aushungerung-als-kriegswaffe-gaza-eingesetzt> (Zugriff: 01.03.2024)

<sup>4</sup> <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/israel-gaza-gaza-krieg-kriegsverbrechen-e319346?reduced=true> (Zugriff: 01.03.2024)

<sup>5</sup> <https://theintercept.com/2024/02/07/gaza-israel-netanyahu-propaganda-lies-palestinians/> (Zugriff 06.03.2024)

<sup>6</sup> <https://www.timesofisrael.com/world-bank-report-finds-45-of-residential-buildings-in-gaza-ruined-beyond-repair/> (Zugriff: 01.03.2024)

<sup>7</sup> Worldbank - Note on the Impact of the Conflict in the Middle East on the Palestinian Economy, February 2024, S.5-7, <https://thedocs.worldbank.org/en/doc/db985000fa4b7237616dbca501d674dc-0280012024/original/PalestinianEconomicNote-Feb2024-Final.pdf> (Zugriff: 01.03.2024)

<sup>8</sup> <https://www.scientificamerican.com/article/as-israel-floods-gazas-tunnels-with-seawater-scientists-worry-about-aquifer-contamination/> (Zugriff: 01.03.2024)

69 Trotz dieser Verbrechen werden im Krieg Drohnen eingesetzt, die die Bundeswehr nach Oktober an  
70 Israel übergeben hat.<sup>9</sup> Ebenfalls prüft die Bundesregierung zurzeit die Lieferung von Panzermunition,<sup>10</sup>  
71 die direkt im Häuserkampf eingesetzt würde. Die Flucht von 85% der Bevölkerung des Gazastreifens<sup>11</sup>  
72 droht in ethnische Säuberungen und ihre dauerhafte Vertreibung zu münden, worauf öffentliche  
73 Äußerungen über die Zukunft Gazas aus Teilen der rechtsradikalen bis extrem rechten israelischen  
74 Regierung hinweisen.<sup>12</sup> Indem zu wenige der notwendigen Lieferungen nach Gaza durchgelassen  
75 werden, hungert Israel Gaza gezielt aus.<sup>13</sup> In der Folge sind Anfang März 2024 „weit mehr als 500.000  
76 Menschen im Gazastreifen vom Hungertod bedroht“, wie die UN berichtet.<sup>14</sup>

77 In Übereinstimmung mit der Klage Südafrikas und der Eilentscheidung des Internationalen  
78 Gerichtshofs halten wir den Vorwurf einer Verletzung der Rechte und Pflichten aus der Völkermord-  
79 Konvention durch Israel, insbesondere durch den Verdacht eines Völkermordes in Gaza, für zumindest  
80 plausibel. Der Internationale Gerichtshof hat den Staat Israel aktiv aufgefordert, Handlungen im Sinne  
81 der UN-Völkermordskonvention zu unterlassen, sieht also Anzeichen entsprechender Handlungen.  
82 Nach Artikel II c) UN-Völkermordskonvention von 1951 und dem §6 Absatz 1 Nr. 3 des  
83 Völkerstrafgesetzbuches der BRD ist schon die Absicht "die Gruppe unter Lebensbedingungen zu  
84 stellen, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen" als  
85 Völkermord zu werten. Der Verdacht einer solchen Absicht liegt insbesondere angesichts der  
86 katastrophalen Versorgungslage auf der Hand.

87 In diesem Konflikt ist Die Linke als Stimme gegen die Ungerechtigkeit dieses Krieges schwach und kaum  
88 hörbar. Protest und Ablehnung gegen die Zerstörung, begleitet von menschenfeindlichen und  
89 dehumanisierenden Aussagen der israelischen Regierung und israelischer Militärs und  
90 Staatsoffizieller,<sup>15</sup> sind und waren legitim. Die Linke hat sich auch nicht hinreichend für die  
91 Verteidigung basaler bürgerlicher Rechte für Palästinenser\*innen in Berlin eingesetzt, sondern hat sie  
92 im Gegenteil durch eine unentschlossene Haltung gegenüber der repressiven Stimmung teilweise  
93 sogar gebilligt. In diesem Zusammenhang verurteilen wir die Zustimmung unserer Linksfraktion im  
94 Bundestag zu einem Antrag, in dem sie am 12. Oktober gemeinsam mit der Ampelregierung, der CDU  
95 und der AfD ein Verbot palästinensischer Organisationen forderte.<sup>16</sup> Es war zu erwarten, dass die  
96 staatliche Repression alle pro-palästinensischen Aktivist\*innen treffen würde. Die Unterdrückung  
97 kritischer Stimmen, allen voran von Palästinenser\*innen, Israelis und Jüd\*innen, die sich gemeinsam  
98 für Frieden einsetzen, muss umgehend enden.

99 Wir betonen das Recht des palästinensischen Volkes, Widerstand gegen seine Unterdrückung zu  
100 leisten. Doch Massaker, Gewalt gegen Nichtkombatant\*innen, sowie die Geiselnahme von  
101 unbeteiligten Personen sind keine gerechtfertigten Mittel und wir lehnen sie unmissverständlich ab.  
102 Ein Widerstand, der nicht zwischen unbeteiligten Zivilisten\*innen, politischen Akteuren und dem  
103 israelischen Staat unterscheidet und israelische Bürger\*innen, zum Gegner macht, adressiert nicht nur  
104 die falschen, sondern schadet dem und delegitimiert das Anliegen der Palästinenser\*innen. Ein  
105 Widerstand, der Jüdinnen und Juden als solche zum Gegner machen will, ist klar antisemitisch.

---

<sup>9</sup> <https://www.bmvg.de/de/presse/unterstuetzung-fuer-israel-mit-bis-zu-zwei-drohnen-5688900> (Zugriff: 01.03.2024)

<sup>10</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundesregierung-panzermunition-israel-100.html> (Zugriff: 01.03.2024)

<sup>11</sup> <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-03/israel-hilfstransport-gaza-100-tote-hamas-zivilisten/komplettansicht>  
(Zugriff: 02.03.2024)

<sup>12</sup> <https://www.washingtonpost.com/world/2024/01/05/wv-israel-hamas/> (Zugriff: 05.03.2024)

<sup>13</sup> <https://www.hrw.org/de/news/2023/12/18/israel-aushungerung-als-kriegswaffe-gaza-eingesetzt> (Zugriff: 01.03.2024)

<sup>14</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/gazastreifen-krieg-hunger-100.html> (Zugriff: 05.03.2024)

<sup>15</sup> <https://www.newarab.com/news/what-have-israeli-officials-said-about-palestinians-gaza> (01.03.2024)

<sup>16</sup> „Mit den Stimmen aller Fraktionen haben die Abgeordneten am Donnerstag, 12. Oktober 2023 den Entschließungsantrag auf Drucksache 20/8736 angenommen.“ <https://www.bundestag.de/israel-solidaritaet> (Zugriff: 05.03.2024)

106 Genauso wie wir die Freilassung der tausenden palästinensischen Gefangenen aus israelischen  
107 Gefängnissen fordern, schließen wir uns in diesem Sinne der Forderung nach einer bedingungslosen  
108 Freilassung aller israelischen Geiseln aus dem Gazastreifen an.

109 Die politische und mediale Debatte in Deutschland ist teilweise extrem verschoben. In der deutschen  
110 Debatte wird das Handeln des israelischen Staates ignoriert und verleugnet, etwa durch große Teile  
111 der deutschen Medien, die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, die CDU sowie Teile  
112 unserer Partei. Dies entlarvt das deutsche „Nie wieder“ als selektiv; die deutsche Bundesregierung  
113 nimmt den Tod von über 32.000 Palästinenser\*innen seit Beginn des Gaza-Krieges hin und zieht daraus  
114 keine Konsequenzen gegenüber der israelischen Politik. Sie interessiert sich nicht für die realen  
115 Hintergründe und die Entwicklungen des Konfliktes. Die instrumentelle Nutzung des  
116 Antisemitismusvorwurfes um legitime Kritik als antisemitisch zu framen und kritische Positionen aus  
117 dem öffentlichen Diskurs auszuschließen und sich nicht inhaltlich mit ihnen auseinandersetzen zu  
118 müssen, zuletzt sichtbar rund um die Berlinale, birgt die Gefahr, dass der kritische und analytische  
119 Begriff des Antisemitismus entwertet wird und erweist damit dem Kampf gegen den Antisemitismus  
120 einen Bärendienst. Besonders deutlich wird diese Problematik, wenn von „importiertem  
121 Antisemitismus“ gesprochen wird, wie von diversen Politiker\*innen vor allem von FDP, CDU/CSU, FW  
122 und AfD vertreten. Hier äußern sich rassistische Zuschreibungen insbesondere gegen muslimische  
123 Menschen. Aber auch hier gibt es sich als Linke verstehende, die eine materialistische Religionskritik,  
124 die Religion als Ideologie auf Grundlage der realen materiellen Verhältnisse der Gesellschaft analysiert,  
125 mit einer selektiven Exegese islamischer Schriften verwechseln und sich mit ihrer „Islamkritik“ in die  
126 rechte Rhetorik einreihen.

127 Um die neuerliche gewaltsame Eskalation seit dem 7. Oktober 2023 hinreichend zu verstehen, muss  
128 ihr sozialer und historischen Kontext berücksichtigt werden: Der Konflikt hat eine Geschichte von  
129 nunmehr mindestens 76 Jahren voller Unterdrückung, Terror und wechselseitiger Gewalt. Bereits die  
130 Staatsgründung Israels auf Grundlage des UN-Teilungsbeschlusses von 1947 ist auch eine  
131 internationale Reaktion auf die Shoa, den Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden.  
132 Dieses kollektive Trauma prägt die israelische Gesellschaft bis heute.

133 Kurz vor und während der Gründung von Israel und des diese Gründung begleitenden Krieges wurden  
134 große Teile der im israelischen Kerngebiet lebenden arabisch-palästinensischen, sowie in vielen  
135 arabischen Ländern lebenden jüdischen Bevölkerung vertrieben. Als Antwort auf die Staatsgründung  
136 griffen sechs arabische Nachbarstaaten den im Aufbau befindlichen Staat Israel an, der während bzw.  
137 im Anschluss an den Krieg über den UN-Teilungsbeschluss hinaus palästinensische Territorien in sein  
138 Staatsgebiet eingliederte.

139 Seit dem Sechstagekrieg 1967 und der Besetzung von Ost-Jerusalem, Gaza und dem Westjordanland  
140 befinden sich weitere große Teile der arabisch-palästinensischen Bevölkerung unter  
141 Militärverwaltung. Ost-Jerusalem wurde 1980 durch Israel annektiert. Die Annexion ist international  
142 nicht anerkannt. Seit der Besetzung wird, mal mehr, mal weniger intensiv, die palästinensische  
143 Bevölkerung von ihrem Land vertrieben und nach internationalem Recht illegale Siedlungen an zur  
144 Kontrolle des Gebietes strategischen Punkten errichtet. Derzeit leben über 700.000 Siedler\*innen mit  
145 Duldung und Unterstützung des israelischen Militärs in diesen Siedlungen.<sup>17</sup> Palästinenser\*innen und  
146 Israelis sind seit Jahrzehnten in einer Spirale von Gewalt und Gegengewalt, von Terror und militärischer  
147 Eskalation gefangen. Eine friedliche Lösung ist nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses nicht in Sicht.

---

148 Die derzeitige israelische Regierung hat die Besiedelung des völkerrechtlich dem palästinensischen  
149 Volk zustehenden Landes durch jüdische Siedler\*innen, der auf die Schaffung von Tatsachen für ein  
150 Groß-Israel inklusive der palästinensischen Gebiete abzielt, verstärkt. Wie die CDU-nahe Konrad-  
151 Adenauer-Stiftung auch anhand einer repräsentativen Umfrage argumentiert, radikalisierten sich  
152 Palästinenser\*innen angesichts ihre zunehmende Perspektivlosigkeit durch die Stagnation des  
153 Friedensprozesses und eine israelischen Regierung, „die sich offen gegen einen palästinensischen Staat  
154 ausspricht“.<sup>18</sup> Einer Analyse für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zufolge nahm im Westjordanland in den  
155 vergangenen Jahren „mit dem stärker werdenden Einfluss der israelischen Rechten [...] nicht nur die  
156 Zahl der Siedlungen zu, auch die Angriffe auf die palästinensische Zivilbevölkerung und ihr Eigentum  
157 werden mehr und härter“.<sup>19</sup> Ein Frieden, der nicht nur die Rechte der israelischen sondern auch der  
158 palästinensischen Bevölkerung berücksichtigt ist die Voraussetzung dafür, dass diese Eskalation nicht  
159 stetig in der einen oder anderen Form wiederkehrt. Die Kritik unserer Partei daran ist zu leise. Die  
160 Palästinenser\*innen, die für ihre Familien in Gaza in Berlin gegen den Krieg demonstrieren hören sie  
161 nicht. Das dürfen wir nicht hinnehmen und das muss sich ändern.

---

<sup>18</sup> <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/die-neue-israelische-regierung-und-ihre-agenda-im-westjordanland> (Zugriff: 01.03.2024)

<sup>19</sup> <https://www.rosalux.de/news/id/49696/israelische-siedlungen-zerstoerte-hoffnungen-auf-frieden> (Zugriff: 01.03.2024)